



Europe, mind the gaps!

Ein Appell zur Schließung politischer und sozialer Gräben

DANIELA NEUBACHER

Mag. (FH) **Daniela Neubacher**, MA,
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin am Institut
für den Donauraum
und Mitteleuropa
(IDM); Doktorandin
an der Andrassy
Universität Budapest,
Forschungsschwerpunkt:
Transnationalisierung
von Protestbewegungen in
Mitteleuropa.

Gestärkt von der höchsten Wahlbeteiligung bei EU-Parlamentswahlen seit 20 Jahren, könnte die Europäische Union die nötige Dynamik für einen tiefgreifenden Reformprozess gewinnen. 50,8 Prozent der EU-WählerInnen haben mit ihren Stimmen gezeigt, dass sie die EU-Institutionen und ihre RepräsentantInnen ernst nehmen. Auch wenn entgegen den Voraussagen die Wahl nicht so verheerend ausging und sich proeuropäische Parteien weiterhin im Parlament behaupten können, wäre es ein schwerwiegender Fehler, die regionalen und lokalen Subtexte der Ergebnisse zu ignorieren.

Eine Woche vor den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 löste die Veröffentlichung eines Videos über korrupte Einstellungen rechtspopulistischer Politiker eine Regierungskrise in Österreich aus. Auf den Skandal folgten intensive Wochen innenpolitischer Unsicherheit. Nach einem erfolgreichen Misstrauensantrag räumten alle Regierungsmitglieder ihre Schreibtische und ebneten den Weg für Neuwahlen. Während das politische Erdbeben weit über das Wiener Epizentrum hinaus zum Thema wurde, hatten die seismischen Wellen keine Auswirkungen für Paris, Warschau, Rom oder Budapest. Manche BeobachterInnen wollten im Scheitern der türkis-blauen Koalition bereits eine Unterbrechung des Höhenflugs rechter Kräfte in Europa sehen, doch die Wahlergebnisse haben sie eines Besseren belehrt. Auch wenn die Zugewinne rechter Parteien unter den Erwartungen blieben, konnten NationalistInnen und PopulistInnen zusammen ihren Anteil am EU-Parlament stark erhöhen. Die Lektion daraus ist besorgniserregend: RechtspopulistInnen lassen sich offenbar nicht durch die Preisgabe ihrer zwielfichtigen Machenschaften, fragwürdigen Moralvorstellungen und korrupten Methoden aufhalten. Offen bleibt die Frage, warum die WählerInnen ihnen trotz allem vertrauen.

Die Zukunft der EU – Welches Narrativ gewinnt?

EU-feindliche PolitikerInnen haben bewiesen, dass sie dazu bereit sind, jeglichen Schwachpunkt des Mehrebenensystems auszunutzen, um die Handlungsfähigkeit der EU zu schwächen. Rechtsextreme AkteurInnen wie Matteo Salvini in Italien und Marine Le Pen in Frankreich sind hochmotiviert, transnationale Allianzen zu schmieden – weit über die sonst übliche Pragmatik traditioneller Parteien hinaus. Zwar konnte die AfD (Alternative für Deutschland) dieses Mal nicht reüssieren und den Widerspruch zwischen einer Kandidatur für das EU-Parlament und der programmatischen Ablehnung dieser Funktion nicht auflösen. Dennoch wäre es zu kurzfristig, diese Kräfte nun zu unterschätzen. Denn während die Geschichte der Europäischen Integration seit jeher ein Aushandlungsprozess verschiedener Richtungen war, bringen die jüngsten Entwicklungen einen dritten Player aufs Feld – einen, der lieber das Spiel verlässt, als über die Regeln zu diskutieren.

Europa befindet sich aktuell inmitten eines Wettbewerbs der Narrative. Dahinter stehen zumeist sehr simple, aber kausal zusammenhängende Erzählungen, die Emotionen auslösen und die Weltsicht ihrer RezipientInnen beeinflussen können. Die EU-Wahlen haben gezeigt, dass Rechtspopulismus die Polarisierung der Eliten vorantreibt und zur

Zersetzung traditioneller Parteien beiträgt. Die EU-Spitze ist nun gefragt, mit politischen Strategien auf diese Entwicklungen zu reagieren. Die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker hat mit ihrem Weißbuch zur Zukunft Europas (2017) einen ersten Schritt in diese Richtung getan. Dieses war das erste von bisher 42 Weißbüchern der EU, das sich mit den fundamentalen Herausforderungen der Union beschäftigt. 60 Jahre nach den Römischen Verträgen entwirft Juncker darin fünf mögliche Szenarien für die Zukunft, die von »weitermachen wie bisher« bis zu »viel mehr zusammen machen« reichen. Europa könne es sich nicht leisten, so das Weißbuch, seine bislang höchstgebildete Generation zu verlieren und sie einer generationenübergreifenden Ungleichheit zu überlassen. Die Kommission identifiziert die Kommission u.a. einen unzureichenden Ausbau der sozialen Marktwirtschaft in der Union. Zwar bleibt fraglich, ob die nahezu euphemistische Sprache des Weißbuches auch EU-SkeptikerInnen überzeugen kann, dennoch kann es die Juncker-Kommission als Erfolg verbuchen, erste Zukunftsszenarien entworfen und auf notwendige Reformen aufmerksam gemacht zu haben. Damit nimmt sie sich eines Aspektes an, der Francis Fukuyama zufolge in liberalen Demokratien viel zu lang ignoriert wurde: Das Streben der Menschen, untereinander als gleich anerkannt zu werden. Basierend auf Platons Überlegungen zu *thymos* (»Lebenskraft« oder ein Verlangen nach Anerkennung) erklärt der US-amerikanische Politikwissenschaftler aktuelle Tendenzen rechter Ideologien und Renationalisierung mit einer generellen »Forderung nach Würde«.

Ruf von den Rändern

EU-skeptische Parteien dominieren vor allem innerhalb der Visegrad 4. Auch wenn etwa in der Slowakei die Mehrheit für proeuropäische Parteien gestimmt hat, schaffte die rechtsextreme Partei L'SNS (Ludová Strana – Naše Slovensko) unter der Führung von Marian Kotleba erstmals den Einzug ins EU-Parlament. In Ostmitteleuropa verbuchten prominente Akteure rechter Narrative, wie Viktor Orbán in Ungarn und Jarosław Kaczyński in Polen, große Erfolge. Orbáns Fidesz-Partei erzielte mehr als 52 Prozent der Stimmen, Polens PiS (Prawo i Sprawiedliwość) konnte mehr als 45 Prozent erreichen. Beide setzen in ihren Narrativen auf migrationsfeindliche Identitätsdebatten. Mit ihrer nationalistischen Exklusions-Politik treffen sie einen wunden Punkt optimistischer EU-Narrative: soziale Ungleichheit und ihre Wahrnehmung. Ideologisch rechts ausgerichtete Erzählungen versprechen Sicherheit, Repräsentation und direkten Einfluss auf sozialen Wandel. Renationalisierung wird als einziger Ausweg aus Ungleichheit, Unsicherheit und historischen Traumata dargestellt. Diese Narrative finden in Ostmitteleuropa einen fruchtbaren Nährboden.

Obwohl in der Region nach 1989 eine rasche Demokratisierung einsetzte, zeichnen sich seit Mitte der 2000er Jahre Rückschritte ab. Der neoliberale Wandel hat soziale und kulturelle Integrationsprozesse hintangestellt. Zu wenig Zeit und Energie wurde aufgewendet, um die historischen Entwicklungen zu verarbeiten. Schließlich haben die Folgen der Finanzkrise die Hoffnung enttäuscht, durch den Beitritt zur EU den ursprünglichen Rückstand problemlos wieder aufzuholen. Diese Fehlentwicklungen haben dazu beigetragen, dass PopulistInnen heute in der Position sind, sich als die einzigen glaubwürdigen Verteidiger der Nation präsentieren können. Versprechen von internationaler Solidarität und Stärke durch Einheit können schwer überzeugen, wo »Verluste der Nation« noch nicht aufgearbeitet wurden. Politische Akteure, die Identitätskonzepte vertreten, welche mehr auf Exklusion und die Neuinterpretation der Vergangenheit aufbauen, als Zukunftsvisionen zu entwickeln, erscheinen nicht bereit, sich mit anderen Nationen an einen Tisch zu setzen, um über die Zukunft der EU zu diskutieren. Je mehr Druck von der EU-Spitze ausgeübt wird, desto mehr driften die Mitgliedsstaaten auseinander.

Instrumentalisierte Wahrnehmung

Die Lebensrealitäten von EU-BürgerInnen sind heute so stark miteinander verflochten wie nie zuvor. Gleichzeitig nehmen die sozioökonomischen Disparitäten innerhalb der EU zu. Im Januar 2019 wies das Online-Portal Social Europe (SE) darauf hin, dass Ungleichheit einer der Hauptmotoren für Migration sei. Dies wiederum führe zu einem Gefühl von Angst und Unsicherheit und verstärke den Populismus. Hohe Einkommensunterschiede zwischen Ländern mit engen wirtschaftlichen Beziehungen tragen zudem zur Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsphasen bei. Dies gefährdet wiederum jene Regionen, wo zuvor verarbeitende Industrien beheimatet waren und die Beschäftigung gering qualifizierter Menschen größeren Wohlstand gebracht hatte. Der Bericht zeigt auch, dass die Ungleichheit, die in Europa bis 2009 zurückgegangen war, ab 2010 wieder angestiegen ist. Seitdem geht sie nur langsam wieder zurück. Bereits vor der Finanz- und Wirtschaftskrise hat der EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 die europaweiten Ungleichheiten erheblich verstärkt.

Ohne wirksame und sichtbare Maßnahmen gegen diese gesamteuropäische Disparität, wird keine positive Erzählung von Frieden und Reisefreiheit erfolgreich sein. Die Folgen der Marginalisierung sind bereits auf den Straßen Europas zu beobachten: In Frankreich zeigen die sogenannten »Gelbwesten« bereits ein komplexes Szenario sozialer Unruhen auf, das auch andere Länder treffen kann. Gewiss schaffen aktuelle Transformationen wie die enorme Urbanisierung und die Digitalisierung neue (soziale und geografische) Peripherien. Mit ihrer unvorhersehbaren Mobilisierung erteilen jene Soziale Bewegungen Europa eine weitere Lektion: Die Gefahr der wahrgenommenen Ungleichheit sollte nicht unterschätzt werden. Eine treibende Kraft für dieses Gefühl der Benachteiligung sind Soziale Medien. RechtspopulistInnen, die aus den herkömmlichen Politik- und Medienplattformen ausgegrenzt wurden, haben längst die Möglichkeiten der digitalen Arena erkannt. Durch Investitionen in Social-Media-Kompetenz nutzen die Akteure die Logiken und Dynamiken des Netzes, um das Framing wichtiger Themen zu dominieren. Akteure, die vorwiegend auf traditionelle Medien setzen, hinken hinterher und scheitern am Agenda-Setting.

Angesichts all dieser Herausforderungen steht die EU erneut an einem Scheideweg und ist gefordert, ihre BürgerInnen bei ihren Reformschritten mitzunehmen. Die bevorstehende Legislaturperiode wird zeigen, ob die VertreterInnen die Verantwortung dafür übernehmen, die anhaltenden »Forderungen nach Würde« in Angriff zu nehmen. Nur so werden sie die EU-feindlichen Narrative entkräften und das Vertrauen der WählerInnen gewinnen können.

PS:

Handlungsempfehlungen

1. **Liberaler Demokratie braucht soziale Praktiken – auf EU-Ebene und »zu Hause«**
Auch Fukuyama betont in seinem Buch »Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet« die Notwendigkeit gegenseitigen Respekts für eine ernsthafte Debatte. Über den Dialog auf Augenhöhe hinaus erfordert es aber ebenso gegenseitiges Verständnis und Wissen übereinander. Während der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 trieb Brüssel die Kulturbeziehungen und Wissensvermittlung in Ostmitteleuropa aktiv voran. Danach wurde die Region jedoch wieder aus den Augen verloren. Mit dem EU-Beitritt allein ist die innereuropäische Integration allerdings noch lange nicht abgeschlossen. Europäisierung beginnt mit täglichen sozialen Praktiken. Die kulturellen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen innerhalb der Nachbarn muss ausgebaut werden. Sowohl politische Akteure als auch Medien sind aufgefordert, die Einbindung möglichst aller Bevölkerungsteile voranzutreiben und so die Basis für jeden Reformprozess zu bilden.

2. **Rückgrat und Dialogbereitschaft in der Nachbarschaft**

30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs spricht Österreich mit einer Stimme, die mehr und mehr einer isolationistischen Rhetorik gleicht. Nicht nur in Ungarn oder Polen, auch in Österreich gibt es politische EntscheidungsträgerInnen, die die Einschränkung von Menschenrechten als notwendiges Übel für die (nationale) Sicherheit betrachten, etwa im Hinblick auf Datenschutz bei Überwachungsmaßnahmen. Österreich muss daher seine liberale Position in der Region deutlich stärken. Auf EU-Ebene sind zwei politische Faktoren von entscheidender Bedeutung: Erstens die Konsensfindung der Abgeordneten im EU-Parlament und damit die künftigen Mehrheitsentscheidungen im EU-Parlament; zweitens die Macht der neuen EU-Kommission. Die kluge Besetzung von EU-Spitzenpositionen bildet zweifelsohne eine Aufgabe, die gerade für die Zukunftsperspektive Ostmitteleuropas entscheidend sein wird. Die Debatte wird zeigen, wie stark sich die aktuelle Übergangsregierung von Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein an der Entscheidungsfindung beteiligen will.

3. **Ungleichheiten anzugehen muss Priorität haben**

Im Weißbuch behaupten die AutorInnen, dass die EU die »Heimat der gleichberechtigtesten Gesellschaften der Welt« sei. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass die benutzten Statistiken keine regionalen Disparitäten aufzeigen können. Angesichts der hohen Mobilität innerhalb der EU müssen jedoch sowohl die tatsächlichen als auch die wahrgenommenen Ungleichheiten auf europäischer und regionaler Ebene genauer betrachtet werden. Der Ruf von den Rändern wurde von den Zuständigen gehört. Jetzt gilt es, realistische Perspektiven für die Betroffenen zu schaffen. Ein Schritt können gezielte Mobilitätsprogramme sein, die die Europäisierung auf individueller Ebene fördern. Angebote für Randgruppen müssen versuchen, zunehmende Disparitäten auszugleichen und den Zweifel an der Problemlösungskompetenz der EU zu zerstreuen. Der Donaauraum ist dabei besonders geeignet, den Bedarf und die Wirksamkeit solcher Programme aufzuzeigen.

4. **Eine parallele Evaluation ist notwendig**

13 Jahre nach dem Weißbuch zur europäischen Kommunikationspolitik ist eine Aktualisierung erforderlich. Integrations- und Bildungsprogramme zu den Prozessen und Grundlagen der EU müssen weiterentwickelt und vor Ort institutionalisiert werden. Ansonsten sind die ehrgeizigen Ziele einer EU, die in der Lage sein will, mit den BürgerInnen in Kontakt zu treten, und schneller das zu erreichen, was gemeinsam vereinbart wurde«, zum Scheitern verurteilt. Nur wenn Europa seine »Gaps« kennt und schrittweise schließt, können wir dem Rechtspopulismus den Wind aus den Segeln nehmen.

PPS:

Was ist das Post-Worst-Case-Szenario?

Das Brexit-Drama hat gezeigt, was passieren kann, wenn rechtspopulistische Kampagnen gewinnen. Sobald das Versprechen der Renationalisierung zu konkreten Entscheidungen in den EU-Institutionen geführt hat, wird sich die Illusion von RechtspopulistInnen als »Problemlöser« auflösen. Zurück bleiben Chaos und Ignoranz. Da das Konzept von Ressentiments und Nationalismus weder konstruktiv noch konkret ist, gibt es auch keine Möglichkeit, das wiederzugewinnen, was laut der Narrative verloren scheint. Das Versprechen eines besseren Lebens, das von PopulistInnen nie im Detail umrissen wird, ist dann gebrochen. Europa wird einer Masse frustrierter BürgerInnen gegenüberstehen, die jeglichen Glauben an demokratische und konsensbasierte Entscheidungen verloren hat. Um diesem Szenario entgegenzusteuern, müssen die oben erläuterten politischen und sozialen Gräben geschlossen werden.

Alle Ausgaben der IDM Policy Paper Series sind online verfügbar:

www.idm.at/publikationen/idmpps

Redaktion:

Dr. Erhard Busek
Dr. Silvia Nadjivan
Mag.(FH) Daniela
Neubacher, MA
Mag. Sebastian Schäffer, MA
Institut für den Donaauraum
und Mitteleuropa (IDM)

A-1090 Wien
Hahngasse 6/1/24
Tel.: +43 1 319 72 58
Fax: +43 1 319 72 58-4
idm@idm.at
www.idm.at